

# Sächsische Staatszeitung

## Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelnr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Eingeladn 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Veilage, Synodal-Veilage, Nachrichten der Verwaltung der Staatsschulen und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsab-  
schluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 161

Donnerstag, 14. Juli

1921

### Holländischer Einspruch gegen die schwarzen Befehlsstruppen.

Amsterdam, 12. Juli. Laut „Allgemeinen Handelsblad“ bildet sich in Leiden eine vorläufige Kommission, die es sich zur Aufgabe macht, in allen Städten Komitees zu bilden, um gegen die Befehlsstruppen des Rheinlandes durch schwarze Truppen Einspruch zu erheben, die, wie ein Rundschreiben der Kommission erklärt, eine Mißtraue gegenüber unserer Waffe und ein Hochn auf unsere Kultur ist. Diese Tat der Franzosen übertrifft an Barbarei alles, was die Weltgeschichte je sah. Dadurch, daß wir dagegen Einspruch erheben, so erklärt die vorläufige Kommission, verrichten wir unsere Kulturarbeit, die nicht nur Tausende von Frauen und Kindern der jetzigen Erziehung der afrikanischen Rassen entziehen soll, sondern auch in weiter Zukunft Europa vor neuem Unheil, neuen Worten und neuem Unheil schützen soll.

### André Lefèvre über Oberschlesien.

Paris, 12. Juli. In der Kammer führte der Abgeordnete André Lefèvre über die Aufgaben der Kontrollkommission und über die Entwaffnung Deutschlands aus: Die deutschen Truppen (7) nach Oberschlesien waren ausreichend bewaffnet. Die deutsche Regierung hat alles für die Organisation der Armee Höher getan. Es wird gefordert, die Mission Rüstet habe ihre Rolle erfüllt. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß die deutsche Regierung imstande ist, von heute auf morgen Corps von 40000 Mann aufzustellen. Bei der Besetzung der Organisation des Heeres Höher sagte der Abg. Lefèvre, er zweifle nicht an der Aufrichtigkeit des Reichskanzlers, wohl aber an seiner Macht. Er sprach also von der näheren von der Volkswirtschaft in Oberschlesien, und betonte, er sehe nicht an, warum überhaupt zur Abminderung geschritten werden sei. Er fürchte, daß bei der Teilung Oberschlesiens den Polen der wichtige Bahnhof Kleinig gebaut werde. Die Franzosen wollten keine Handbreit deutschen Gebietes. Er glaube jedoch, daß man das Ruhrgebiet besetzen müsse. Die Besetzung sei nicht eine Annexion oder Okkupation, sie sei eine einfache Sicherheitsmaßnahme. Lefèvre erklärte: Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland könnten solange nicht normal werden, als diese Nation von Revanchegedanken gequält werde. Deshalb bestrebe für jede französische Regierung die Notwendigkeit, die Augen fernzuhalten. Eine Besetzung des Ruhrgebietes sei unnötig.

### Der internationale Frauenkongress.

Wien, 12. Juli. In der heutigen Sitzung des Internationalen Frauenkongresses erhaltete Frau Hamann-München den Bericht für Deutschland. Sie führte u. a. aus, die jetzige Regierung Wirtz sei christlich demütig, alle internationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten und den Pazifismus zu beschützen. Anders sei die Lage in den einzelnen Ländern. In B. in Bayern, wo der Ausnahmestand herrsche und Propaganda- und Versammlungstätigkeit eingeschränkt seien. Die Pazifisten würden von der Intelligenz namentlich von der Studentenschaft bekämpft. Der bayerische Zweig der Friedensliga trete für einen radikalen Pazifismus ein. Die Vertreterin Norwegens Frau Lorjen wies mit besonderer Genugtuung darauf, daß sich die schwedische Studentenschaft voll für die Befreiungen der Frauenliga einsetze. Frau Kaymont-Holland drückte die Hoffnung aus, daß es den holländischen Frauen gelingen werde, gegen eine gewisse Intoleranz gegenüber der Friedensliga anzukämpfen. — In der zweiten Abendung des Frauenkongresses kam der Gedanke zum Ausdruck, daß die Abschließungspolitik der großen und kleinen Staaten zu einem allgemeinen Wirtschaftskrieg führen müsse. Auch die Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung Deutschlands, wie sie von den Siegerstaaten betrieben werde, könne nicht zu dem gewünschten Ziele führen, denn die Möglichkeit der Völker von einander erweise sich immer drücklicher. Der Gedanke des Freihandels wurde als Ideal hingestellt. Insbesondere wurde darauf verwiesen, daß der Handel der Freihandelsländer, diesen ganz demütig als Mittel zur Erreichung des Friedens und des Wohlbefindens angesehen habe.

### Die Weltabrüstung.

#### Die Konferenz in Washington.

Paris, 12. Juli. Briand teilte in der Kammer mit, daß der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Amerika der französischen Regierung einen Vorschlag Harbings übermittelte, der die Einberufung einer Konferenz der alliierten und assoziierten Mächte in Washington bezwecke. Aufgabe der Konferenz wird es sein, die besten Bedingungen festzustellen, die im Auge zu fassen sind, um den Frieden im Stillen Ozean zu sichern und zu gleicher Zeit die Einschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu erleichtern. Briand erklärte, er glaube sich zum Vollstrecker der Gefühle der Kammer zu machen, wenn er dem amerikanischen Staatsoberhaupt danke, daß er diesen edlen Schritt unternommen und zugleich daran gedacht habe, Frankreich daran teilnehmen zu lassen, dessen Friedensgefühl er auf diese Weise gerührt habe. Er habe wohl nicht nötig, zu sagen, daß die französische Regierung die Einladung besonders gern annehme. Sie steht darin die Möglichkeit, an den Vereinbarungen über den Stillen Ozean teilzunehmen, die Frankreich nicht gleichgültig lassen können in Anbetracht der großen Interessen, die es dort habe. Die französische Regierung sieht darin weiter die Möglichkeit, noch einmal zu beweisen, daß Frankreich aus tiefstem Herzen und mit glühender Begeisterung der Sache des Friedens ergeben ist, der sie schon stets geopfert hat. Die Regierung wird loyal und ohne Hintergedanken mit allen Verbündeten verhandeln. Sie empfiehlt ein besonderes Vergnügen daran, daß die Konferenz unter dem Vorsteher des Präsidenten Harbing abgehalten werden soll. Sie wird alle Mittel suchen, die dazu angetan sind, die Rüstungen zu beschränken und die schrecklichen Leiden zu erleichtern, die auf allen Völkern ruhen, jedoch unter Wahrung aller Vorbedingungen für die nationale Sicherheit. Vielleicht werden wir sogar eine neue Gelegenheit finden, eine Verständigung zu suchen, die uns erlauben könnte, das von allen Völkern gewünschte Ziel zu erreichen. Briand erklärte, er sei unter diesen Umständen überzeugt, die Kammer werde der Regierung darin bestimmen, dem edlen Rufe der amerikanischen Regierung unverzüglich geantwortet zu haben. Die Regierung hoffe mit der Kammer, daß die Konferenz der Welt den edelgütigen Frieden verteidigen und dabei Frankreich die Sicherheit geben werde, auf die es ein Recht habe. (Lebhafte andauernder Beifall auf allen Bänken.)

#### Ankündigung der ober-schlesischen Flüchtlingslager.

Wien, 12. Juli. Auf Veranlassung der französischen Behörde müssen die Flüchtlingslager bis Ende dieses Monats aufgelöst werden.

#### Truppendurchmärsche in der Pfalz.

Wespfalz, 12. Juli. Die Wespfalz steht seit einigen Tagen unter dem Zeichen großer Truppendurchmärsche. Die ländlichen Orte werden stark mit Einquartierung belegt. Bei dem Wohnungsmangel ist die Unterbringung nahezu unmöglich. Das Marschieren der Truppen ist nicht ohne Schwierigkeiten abgelaufen. Für das am 14. Juli stattfindende französische Nationalfest werden große militärische Vorbereitungen getroffen.

#### Herausfordernde Haltung der Franzosen in Oberschlesien.

Breslau, 13. Juli. Aus den ober-schlesischen Orten laufen Meldungen über die provokierende Haltung französischer Truppen ein, welche anscheinend versuchen, die deutschen Oberschlesier, besonders in Oppeln, zu energischer Abwehr zu zwingen, um daraufhin deakonische Vergeltungsmaßnahmen ergreifen und die Polen ungestört unterstützen zu können. Während die Franzosen es sich niemals einfallen lassen, den jüngsten Waffen abzunehmen, veranfaßten sie heute in dem deutschen Plebiszitunterkommissariat Nicolai eine natürlich ergebnislose Verhaftung nach Waffen und vertrieben deutschen Stütztruppen. In Oppeln ist die von Franzosen angelegte Regatta auf deutsche Flüchtlinge und angeblich dort befindliche Stütztruppen nur unterblieben, weil sich die Engländer den Franzosen widersetzen. Der Zweck, den die Franzosen verfolgen, ist ganz offensichtlich der, weitere Vorwände für die Aufrechterhaltung der Sanktionen zu finden.

#### Die portugiesischen Kammerwahlen.

Lissabon, 13. Juli. Bei den Kammerwahlen am Sonntag wurden in Lissabon 12 Demokraten, 2 Liberale und 2 Monarchisten gewählt. Im ganzen wurden 5 Monarchisten gewählt. Die Parteien werden nicht sämtlich in der Kammer vertreten sein. Auf den Voren hat die Regierung die Mehrheit erhalten.

#### Wiederherstellung der Freizügigkeit in Österreich.

Wien, 12. Juli. Der parlamentarische Hauptausschuß hat gestern die Freizügigkeit aller Österreicher innerhalb der Grenzen der Republik wieder hergestellt und damit den Einreise- und Aufenthaltserleichterungen ein Ende gemacht. In der neuen Verordnung wird ausdrücklich festgestellt, daß keinem österreichischen Staatsbürger Durchreise und Aufenthalt in Bundesländern verweigert werden dürfen; ausnahmsweise könnten örtliche Beschränkungen eintreten, wenn die einheimische Bevölkerung es verlange.

#### Der amerikanische Senat und das Flottenbudget.

Paris, 13. Juli. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß der Senat gestern seine 13 Abänderungsanträge zu dem vom Repräsentantenhaus angenommenen Flottenbudget habe fallen lassen. Der Gegenstand, der nunmehr dem Präsidenten zugeht, sich 410 Mill. Dollars statt 496 Mill. Dollars vor, die der Senat bisher verlangte.

#### Der englisch-japanische Vertrag.

London, 12. Juli. Lloyd George sagte in seiner Unterhause über den englisch-japanischen Vertrag, es sei der Wunsch sowohl des britischen Reiches als auch Japans, daß das Abkommen in völliger Übereinstimmung mit den Satzungen des Völkerbundes gebracht werde und daß, sofern die Völkerbundsatzungen und der Vertrag miteinander in Konflikt kämen, die Bestimmungen der Völkerbundsatzungen maßgebend sein sollen. Wie die Blätter melden, wurde gestern eine in diesem Sinne gehaltene Rede an den Völkerbund veröffentlicht, die vom 7. Juli datiert und von Lloyd George und dem japanischen Botschafter unterzeichnet ist.

### Gebt für das Ober-schlesierhilfswerk!

### Die Konferenz von Washington.

#### Nachverteilung oder Abrüstung?

Um die Bedeutung der Harbingischen Vorschläge voll zu würdigen, um sich aber auch nicht pazifistischen Einbildungen hinzugeben, muß man die Vorgeschichte des amerikanischen Schrittes genau beachten. Dabei ist es überflüssig zu untersuchen, wem die geschichtliche Ehre zufällt, das erste erlösende Wort gesprochen zu haben, Harbing oder Lloyd George. Es spielte in den letzten Wochen sowie hinter den Kulissen, daß man diese Frage vielleicht nie entscheiden wird. Die erste offizielle Äußerung tat Oberst Harvey, der neuernannte Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in London, als er kurz nach seiner Ankunft auf englischem Boden die neue englisch-amerikanische Gemeinschaft der Weltinteressen verkündete. Sofort wiederholte Lloyd George den Gedanken auf britisch in einer Form, die durchblicken ließ, daß er in dieser Angelegenheit schon an der Arbeit sei. Aber Harbing war anscheinend noch früher aufgetaucht. Bereits Mitte Juni hatte der amerikanische Präsident die Grundlagen eines die Erde umspannenden angelsächsischen „Kongresses“ — der Ausdruck wurde dann von Oberst Harvey geprägt — genau umschrieben. Er sprach von einem Bündnis. Aber es sollte ein Bündnis ohne Papier und Siegel werden. Ein Zusammenwirken, aber: „eine formelle Allianz“, wie er ausdrücklich hinzufügte, um der seit den Tagen George Washingtons im amerikanischen Volk wurgelnden Abneigung gegen „verstrickende Bündnisse“ Rechnung zu tragen. Als Zweck seines Programms gab Harbing von vornherein die Abrüstung an, und er sollte damit den Wechsel ein, den er als Präsidenten-Kandidat der republikanischen Partei im Sommer vorigen Jahres unterschrieben hatte. Abrüstung oder doch Einschränkung der Rüstungen durch verbindende Abmachungen mit anderen Großmächten war ja eine der am stärksten betonten Forderungen des amerikanischen Volkes nach dem Weltkrieg, und nur durch die einseitige Entwaffnung Deutschlands ist das Problem als allgemeines Friedensziel etwas in Betracht gekommen. Niemand wagt es ja auch, selbst Harbing nicht, die Abrüstung als Wörtchen der Wahrheit rein und nackt auf den Sockel zu stellen, sondern es wird ein Umweg genommen über die Ergebnisse der — britischen Reichskonferenz. Die kommende Abrüstungskonferenz von Washington wird ausgegeben als die Tochter des Londoner Kongresses der allbritischen Ministerpräsidenten. Man ist in London vor der Frage stehen geblieben: Was wird aus dem englisch-japanischen Bündnis, das, 1906 abgeschlossen und seither zweimal erneuert, England an das amerikanisch-japanische Japan bindet? Die Antwort aus Amerika lautete: Ein britisch-amerikanischer Weltkongress unter Hinzuziehung Japans und Chinas! Bei diesem Kongress machen natürlich nur die beiden Hauptbeteiligten das gute Geschäft, während die hinzugezogenen Mächte mehr Objekt als Subjekt sind. Abrüstung, das heißt vorläufig nicht anderes, als Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf den Stillen Ozean und Überlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflusssphäre. Beide angelsächsischen Großmächte können tatsächlich so zu einem gewissen Teil abrüsten. Die amerikanischen Seestreitkräfte werden Japan gegenüber härter konzentriert, und England kann sein Pazifikgeschwader zurückziehen, um seine Weltmacht an anderen Orten des Meeres zu sichern. Die Verküpfung der Abrüstungsfrage mit dem Problem des „äußeren Ostens“ ist eine kluge Spinnerei, wie sie der Augenblick ergebte. Das alles Kraft und Weltbedeutung verbaute Deutschland kann bei dem Friedensspiel von Washington mehr tun, als nur ohnmächtig zusehen, es kann das fragende und machende Gewissen bilden. Es kann ein be-